

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

März 2011

Offener Brief
an
die Moderatoren des HAZ-Forums
und an die Mitglieder der Redaktion der
Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ)

Kritik aus Nutzer- / Lesersicht

Text 87.2

Anhang 2

**Kommentare von TA zu „Philosophie kann klären“ * Wasserstraßen zu
teuer / Bund will Leine loswerden * Landesjuristen kritisieren Oberschule
in der
HAZ**

Dokumentation zum Vorgang HAZ-Leserforum

Drei Leserkommentare

Leserkommentar 1)

<http://www.haz.de/Nachrichten/Kultur/uebersicht/Dietmar-Huebner-Philosophie-kann-klaren>

Interview von Karl -Ludwig Baader mit Dietmar Hübner:

„Philosophie kann klären“

Der hannoversche Philosoph Dietmar Hübner spricht im Interview über die derzeit wichtigsten Theorien der Verteilungsgerechtigkeit.

Interview: Karl-Ludwig Baader mit dem Philosophen Dietmar Hübner, HAZ, 28. 1. 2011

Leserkommentar von TA / 04.02.2011 /10.59

"Philosophie kann klären"

Zu: „Philosophie kann klären“

Interview von Karl -Ludwig Baader
mit dem Philosophen Dietmar Hübner über Verteilungsgerechtigkeit
in der HAZ vom 29. Januar

Wiedergabe eines Gedankenaustausches über das HAZ-Interview mit Dietmar Hübner
von Tristan Abromeit

Teil I

Freudig darüber, daß ich in der HAZ einen Beitrag in Form eines Interviews über Verteilungsgerechtigkeit lesen konnte und obendrein zwischen Teilnehmern, die vor der Haustür leben ¹, habe ich die Mitglieder einer E-Mail-Liste mit einem Link auf das Interview aufmerksam gemacht und empfohlen, diesen Philosophen zur Anbahnung eines Meinungs-austausches als Referenten zu einer Tagung einzuladen.

(Die hier genannten E-Mail-Listen-Teilnehmer arbeiten auf der Basis der Freiwirtschaftsschule ebenfalls an dem Thema Verteilungsgerechtigkeit. Der ehemalige Redakteur der HAZ, Gerd Grope schrieb mir am 14. Okt. 1969, daß er über ein Thema dieser Ökonomieschule seine Diplomarbeit geschrieben hätte. Da die Listen-Teilnehmer über die Republik verteilt sind, kann mit einem Ausschnitt aus dem E-Mail-Verkehr gut gezeigt werden, daß heute mit dem „Netz“ ein lokaler Zeitungsartikel eine bundesweite Resonanz finden kann.)

¹Und nicht in China oder in den USA, beides sind auch Länder mit erheblichen Verletzungen der Verteilungsgerechtigkeit.

Ein studierter junger Ökonom antwortete:

> Der Professor scheint ja generell kein Verteilungsproblem zu sehen; wie auch, wenn er nicht mal "Verteilung" im ökonomischen Sinn definieren kann.

Verteilung meint doch das im Produktionsprozess durch Arbeit geschaffene Einkommen, welches auf Produktionsfaktoren bzw. Funktionsträger verteilt wird.

Unseren Riesenapparat an Umverteilung brauchen wir doch nur, weil der Fehler in der primären Verteilung korrigiert werden muss.

Es gehört fest in das linke Denkspektrum, von einem zu verteilenden Bestand an Gütern auszugehen; uns geht es aber um die Gestaltung des Prozesses der Einkommensschaffung. Was soll es denn zu verteilen geben, wenn sich jeder durch seine Arbeit so viel Reichtum verschaffen kann wie er will?

Selbstverständlich brauchen wir ein Prinzip zur Verteilung der natürlich begrenzten Ressourcen: dass soll die Sozialisierung der Renten (Bodenreform) sein.
Mit besten Grüßen <

Meine Antwort darauf:

Lieber D.F.

wenn wir uns in unserer Gesellschaft oder speziell unter Wissenschaftler umschaun, dann werden wir wohl selten oder nie einen Menschen entdecken, der genauso denkt wie wir. Wo bei "genauso denken wie wir" schon mehr eine Wunschvorstellung ist als Wirklichkeit. Wir können nur in Anspruch nehmen, in Bezug auf die Ökonomie und die Gesellschaftsordnung ähnlich zu denken. Daß wir zu bestimmten Fragen überhaupt nicht einig sind, erleben wir ja immer wieder.

Bei Hinweisen auf Personen und Literatur kann es also nur darum gehen, eine Anschlußfähigkeit des Denken oder Darstellens eines Autors an unsere Gedankenwelt zu vermuten oder festzustellen. Dietmar Hübner versteht sich ja nicht als Verteilungstheoretiker, sondern als Philosoph, der versucht, den Hintergrund von Verteilungsbemühungen und -theorien auszu-leuchten. Ob ihm das gelungen ist, kann man nur beurteilen, wenn man sein Buch gelesen hat. Zu vermuten ist, daß er die freiwirtschaftliche Literatur nicht kennt und daß seine Ausleuchtung der Hintergründe von Verteilungsstrategien für uns daher unbefriedigend ist.

Aber wenn wir seine Gedanken zur Kenntnis nehmen und er die unsrigen, dann lernen wir und auch er. Es findet dann ein Austausch seiner Gedanken mit den unsrigen statt und er schreibt das nächste Buch vielleicht ganz anders. Um einen solchen Gedankenaustausch zu ermöglichen, wäre eine Einladung zu einer Tagung mit einem Referat von ihm über sein Thema ein gangbarer Weg.

Sie selbst haben ja die Möglichkeit, die Mängel, die sich aus Ihrer Sicht aus dem Artikel ergeben in einem Leserkommentar zu äußern.

Es grüßt

T. A.

>>>> Fortsetzung Teil II

Zu: „Philosophie kann Klären“
Interview von Karl -Ludwig Baader
mit dem Philosophen Dietmar Hübner über Verteilungsgerechtigkeit
in der HAZ vom 29. Januar

Wiedergabe eines Gedankenaustausches über das HAZ-Interview mit Dietmar Hübner
von Tristan Abromeit

Teil II

> Lieber Herr Abromeit,

sie haben ja recht und ich sollte mit vorschnellen Urteilen vorsichtig sein auch der große Rawls, der von Hübner angesprochen wird und der eines der bekanntesten Bücher zur Gerechtigkeit geschrieben hat, schafft es in seinem ganzen Buch nur zu erwähnen, dass "Eigentum zur politischen Grundstruktur der Gesellschaft gehört", geschweige denn zwischen Boden und Produktionsmitteln zu unterscheiden weiß und dem Wort Geld in der Gesellschaft eine Relevanz zu geben.

Darf man als Philosoph wirklich so blind sein? Sicherlich kann man was lernen von denen, aber über die Funktionsweise der modernen geld- und marktvermittelten Gesellschaft doch nur wenig.
Beste Grüße <

Aktuelle Ergänzung zu dem E-Brief-Austausch vom 3. 2. 2011.

Wir erleben in diesen Tagen den dramatischen gesellschaftlichen Umbruch in arabischen Ländern, besonders in Ägypten. Dieser Umbruch ist ein Kampf um Verteilungsgerechtigkeit: um Brot, Arbeit, Einkommen, Freiheit und um Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben. Auf einem höheren Niveau haben wir die gleichen Probleme wie die armen Länder, wo die Zündschnur zur gesellschaftlichen Bombe der Umgestaltung schon abgebrannt sind und nicht nur erst wie bei uns erst gelegt werden. Es ist also verdienstvoll wenn sich Dietmar Hübner Gedanken über die Grundlage der Verteilungstheorien macht. Und es wäre ebenso sinnvoll, daß viele Zeitgenossen diesen Ball aufgreifen und nach einem Zwischenspiel ins Tor der Problemlösung werfen, damit die Bombe bei uns gar nicht unkontrolliert explodiert.

Ich gehe davon aus, daß der Problemkomplex „Verteilungsgerechtigkeit“ in dem Buch mit 230 Seiten deutlicher beschrieben wird, als dies in einem Interview möglich ist. Denn nur auf der Grundlage dieses Interviews habe ich auch den Eindruck, daß der Philosoph eher bei der praktizierten und versagenden Verteilungspolitik ansetzt und nicht bei den Grundtatsachen, die da wären:

1. Eine Existenzbedingung des Menschen ist die Erde. Wie schaffen wir dem Postulat von der Rechtsgleichheit aller Menschen Anerkennung, wenn die Erde unterschiedlich verteilt ist und auch nur unterschiedlich genutzt werden kann. (Es ist ein weltweiter Konfliktherd mit verschiedenen Erscheinungsformen, über dem fast jeden Tag in den Zeitungen etwas zu lesen ist.)

2. Wem steht eigentlich das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit zu? Es ist die alte Streit-

frage um die Aufteilung des wirtschaftlichen Ertrages zwischen Arbeit und Kapital. ² Die Leistung im ökonomischen Sinn kommt nur aus der Arbeit. Daß das Geld - trotz entsprechender Werbesprüche - nicht arbeiten kann, weiß eigentlich jedes Kind, trotzdem kann es einen Ertrag erzwingen. Warum? Kann aber das Realkapital eigentlich arbeiten? Wenn ja: Was wären die Entlohnungskriterien? Wenn nein: Wieso kann das Realkapital einen Teil des Arbeitsertrages für sich verlangen?

3. Ist es eigentlich gerecht, ein Sondereinkommen aufgrund von Patentrechten zu erhalten, wo doch alle Erfindungen auf das kollektive Wissen der Gesellschaften aufbauen, die durch Patente geschützten Waren, zu überhöhten Preisen führen und die Kosten des Patentschutzes ebenfalls von der Allgemeinheit getragen werden müssen..

4. Und dann wäre die Frage nach der optimalen Ordnungsformen für die Bereiche Staat, Wirtschaft und Kultur zu klären, die am ehesten den Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen und politischem Geschehen garantiert. [... *Link von HAZ.de gelöscht ...*]

Geändert von HAZ-Moderator (04.02.2011 um 13:59 Uhr)

oo

Leserkommentar 2.

Wasserstraße zu teuer / Bund will Hannovers Leine loswerden

Am Mittwoch beschäftigt sich der Haushaltsausschuss des Bundestags mit einer brisanten Drucksache. Um Kosten zu sparen, will das Verkehrsministerium sich von der Zuständigkeit für etliche Bundeswasserstraßen trennen. Als einziger Fluss ausdrücklich genannt ist in einem Beispielpapier die Leine bei Hannover.

Conrad von Meding / 6. 2. 11

<http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/uebersicht/Bund-will-Hannovers-Leine-loswerden>

Leserkommentar von TA vom 08.02.2011 / 14.15

Bund will die Leine loswerden

„Bund will die Leine loswerden

Wasserstraßen sind zu teuer / Strategiepapier empfiehlt Übergabe an einen Investor“

Von C. von Meding in der HAZ vom 7. 2. 2011

Es ist eine rationale Überlegung, eine Wasserstraße, die nicht mehr von der Schifffahrt genutzt wird, unter Berücksichtigung von Entwässerung, Hochwasserschutz, Denkmalschutz (für Wasserbauwerke wie Schleusen) und Touristikwirtschaft zu renaturieren. Es wäre auch eine

² Der Unternehmer ohne sein Kapital gehört zur Arbeit, der Arbeitnehmer gehört mit seinem verzinslichen Sparguthaben zum Kapital.

sinnvolle Überlegung, für eine Wasserstraße die für den Bund unbedeutend geworden ist, die Verwaltungshoheit auf das betreffende Bundesland zu übertragen. Aber die Aussage des Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer und seine Behördenmitarbeiter auf die Idee gekommen sind, Wasserstraßen – egal ob Flüsse oder Kanäle - an Investoren zu verhökern, läßt doch in jene, die sich für die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus einsetzen und noch in Erinnerung haben, was die einst starke und weltweite Bodenreformbewegung anstrebte, böse Gedanken aufkommen, wie: „Alle Befürworter in einen Sack stecken und wie früher die Katzen in der Leine ersäufen!“ Das ist nicht nur ein böser Gedanke, sondern auch ein unproduktiver – weil nicht zielführend.

Durch die Jahrhunderte und in allen Erdteilen ist das Bodenrecht das zentrale ökonomische, soziale Problem. Das Bodenrecht umfaßt die Nutzung der Erdoberfläche, die Bodenschätze (einschließlich Trinkwasser, die Gewässer (einschließlich Fischbestände) und den Luftraum (Emission und Luftverkehr). Wenn die Erde die Existenzgrundlage des Menschen ist, stellt sich auch im Hinblick auf die Grundrechte von Würde und Gleichberechtigung die Frage: Wer darf wann, wo, zu welchem Zweck, und zu welchem Preis die Erde nutzen. Die Folgefragen sind dann: Wem gehört dann der Nutzungsertrag? Kann der Boden überhaupt sinnvoller Weise Privateigentum sein? Sagt nicht die christliche Soziallehre, daß nur jenes Gut Privateigentum sein kann, was der Mensch sich erarbeitet? Müßten wir, wenn wir wirklich Marktwirtschaft meinen und nicht Kapitalismus, uns im Hinblick auf den Boden nicht mit Nutzungsrechte am Boden begnügen?

Es sind Fragen, die seit Jahrzehnten so gut wie nicht in den Print- und Funkmedien gestellt werden. Die Redaktionen vermitteln den Eindruck als hätten sie keine Ahnung von den bodenrechtlichen Problemen oder es sei ein Tabuthema, über das nicht sie berichteten dürfen. Dabei ist es so, daß die Auswirkungen unseres unzulänglichen Bodenrechtes fast täglich zu Tage treten, sei es die Ypsilon-terasse, die Terrassen für neue Hochspannungsleitungen, der Streit zwischen der Klosterkammer und Erbbaupächtern oder eben bei den Überlegungen zum Verkauf der Leine.

Der noch im Untergrund wirkende Konflikt ist von der Art, wie wir ihn zur Zeit in Ägypten in offener Form erleben. Das System Mubarak wird bei uns in der Bodenrechtsfrage von unseren politischen Parteien praktiziert. Die CDU-Mitglieder wissen nicht, daß ihre große Leitfigur, Konrad Adenauer, der Meinung war, daß ohne Bodenreform alle anderen politischen Maßnahmen nicht fruchten würden. Die SPD hat ihren bodenreformerischen Ansatz schon lange aus Machterhaltungsgründen aufgegeben. Die in den 70er Jahren aufkommende Diskussion um eine Kommunalisierung des Bodeneigentums in der FDP wurde sehr schnell wieder abgewürgt. Bei den Bündnisgrünen sieht es nicht besser aus. Aber einst werden die Nachgeborenen sich auf Thomas Jefferson berufen, der gesagt hat, daß die Nachgeborenen die gleichen Rechte hätten, wie die Vorausgegangenen.

Ich habe in eine Suchmaschine eingeben: „Universität Hannover Vorlesungsverzeichnis“ und dann in folgende Suchfunktion „Bodenreform“ „Bodenrecht“ (in 6 Variationen). Es „ergab leider keine Ergebnisse“ und das bei 75 Studiengängen. Man kann also Soziologie, Jura und Ökonomie studieren ohne ein Zentralbereich gesellschaftlichen Lebens zu thematisieren. Es bleibt hier nur noch Platz interessierten Lesern Stichworte zu nennen: H. George, A. Damaschke, S. Gesell, und F. Oppenheimer. [Link entfernt]

Geändert von HAZ-Moderator (08.02.2011 um 14:22 Uhr) Grund: Verstoß gegen die Nutzungsbedingungen, Punkt 11.1

oo

Leserkommentar 3

Landtagsjuristen kritisieren Oberschule (vom 9.02.11)

Die Juristen des niedersächsischen Landtags haben verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Pläne zur neuen Oberschule. Mit der Benachteiligung von Gesamtschulen gegenüber Oberschulen verstoße der Schulgesetzentwurf, den die Regierungsfractionen von CDU und FDP ausgearbeitet haben, möglicherweise gegen den in der Verfassung verbrieften Gleichbehandlungsgrundsatz.

<http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Landtagsjuristen-kritisieren-Oberschule>

(Leserkommentar von TA: 11.02.2011 / 00.27 Uhr)

„Ich hoffe de nehmen das ernst und behandeln endlich alle Schulformen gleich, und zwar in der Form, dass alle Schüler einen Rechtsanspruch darauf haben die Schulform zu bekommen, die sie wünschen.“
Das schrieb whoknows am 09.02.2011

Das geht nicht! Warum nicht? Als Gesine Löttsch, Vorsitzende der Linken von verschiedenen Wegen zum Kommunismus schrieb, ging ein Aufschrei durch die Medien. Daß aber unser Bildungssystem von kommunistischer Art ist, sehen nur wenige, weil die Gewohnheit offensichtlich blind macht. Zentralistische Systeme sind in sich freiheits- und lebensfeindlich. Aber wenn ein solches System angewandt wird, muß es konsequent angewandt werden. Bei uns ist das zentralistische Bildungssystem – in der einige privatrechtlich organisierten Schulen eine Alibifunktion haben - aber in 16 Einheiten aufgeteilt, daß sechszehnmals mit einem jeweils – dem Zentralismus wesensfremden - unterschiedlichen demokratischen Überbau versehen ist.

Der Wunsch von whoknows ließe sich nur in einem freien Bildungssystem realisieren. Dieses zu installieren käme aber einer kulturpolitischen Revolution gleich. Ich habe aber trotzdem schon in den 70er Jahren d.v.J. im Landesfachausschuß für Bildungspolitik der F.D.P. Niedersachsen dafür gestritten und hatte als Gegenspieler Walter Hirche. .Aber was den heutigen Grünen nicht vermittelt wurde – weil linke Zentralisten zeitweise die Oberhand bekamen, ist, daß es in der Gründungszeit dieser Partei starke Strömungen gab, die sich für die Bildungsfreiheit einsetzten. Es gab die Regensburger Bildungskongresse, aber auch in Niedersachsen haben wir das Thema im Februar 1984 in Göttingen verhandelt. Ich habe damals folgende Unterlage in den Kongress eingebracht: „Thesen zur Grünen Bildungspolitik“, dokumentiert im Anhang zu „Agenda Niedersachsen 2001. Das Dokument ist einzusehen unter:
[... *Link von HAZ.de entfernt* ...]

Die Thesen beschreiben die Voraussetzungen für einen Fahrplan zu einem freien Bildungswesen

sen. Es wäre aber eine Illusion anzunehmen, wir würden in absehbarer Zeit ein freies Bildungswesen – das nicht teurer sein müßte als das staatlich verordnete – bekommen. Viel zu sehr sind unsere Bildungsstrukturen – die ihre Verwandtschaft mit dem Nazi- und SED-Deutschland nicht verleugnen können – in die Köpfe unserer Gesellschaftsgestalter eingebrannt. Wo käme die politische Klasse auch hin, wenn die Bürger ihre Narrenfreiheit gegen eine haftende Gestaltungsfreiheit eintauschen dürften. Meines Erachtens haben die politischen Gruppierungen bei uns immer noch die Vorstellung über die Gestaltung der Schullandschaft die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen zu formen. Hier ist der Grund für den Zank um die Schulformen zu finden.

Heute erhielt ich einen Link zur gestrigen Ausgabe der Berliner Zeitung zu dem Artikel „Wer bestimmt eigentlich? Nicht nur die Bürger, auch viele Politiker halten sich für machtlos“ von Holger Schmale. Darin heißt es: „Am meisten Einfluss trauen sich die Parlamentarier aller Ebenen noch bei Bildung und Erziehung zu, aber auch das sind nur ganze 34 Prozent.“ Diesen Resteinfluß werden die Parlamentarier verteidigen. Schlechte Zeiten für Gedanken über eine freie Bildungslandschaft

Tristan Abromeit

Geändert von Sascha Aust (11.02.2011 um 01:38 Uhr)

(Anmerkung vom 3. 31. 3.: Die Texte wurden an wenigen Stellen leicht geglättet, erkannte Tippfehler wurden berichtigt.)